

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.03.2023

Inhalt

EWN

1 Mehrheit im Landtag gegen LNG-Terminal vor Rügen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 15.03.2023</i>	3
2 Habeck will für LNG-Ausbau jetzt Nordstream-Röhren kaufen <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 15.03.2023</i>	4
3 Mehr Subventionen für Atomkraft <i>Handelsblatt, 15.03.2023</i>	5
4 „Atomausstieg ist jetzt die falsche Entscheidung“ <i>Handelsblatt, 15.03.2023</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 15.03.2023 | S. 1

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Patrick Leithold

Mehrheit im Landtag gegen LNG-Terminal vor Rügen

Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern formiert sich breiter Widerstand gegen das geplante LNG-Terminal fünf Kilometer vor der Ferieninsel Rügen. Vier der sechs Fraktionen - die Regierungsfractionen SPD und Linke sowie die Oppositionsfractionen Grüne und FDP - legen einen gemeinsamen Antrag zur nächsten regulären Landtagssitzung kommende Woche vor, wie die SPD-Fraktion am Dienstag ankündigte. Darin fordern sie den Bund den Angaben zufolge auf, alternative Standorte zu prüfen. Darauf solle die Landesregie-

rung in Berlin „mit Nachdruck“ hinwirken. Die Sorgen der Menschen müssten ernst genommen werden.

Am Wochenende hatten rund 3500 Menschen beim „Widerklang“-Festival auf Rügen gegen die Terminal-Pläne protestiert. Die Industrie- und Handelskammer Rostock fordert, die Auswirkungen auf den Tourismus zu prüfen. Nach bisherigen Plänen sollen in der Ostsee vor Sellin zwei Plattformen für schwimmende Flüssigerdgas-Terminals gebaut werden.

Habeck will für LNG-Ausbau jetzt Nordstream-Röhren kaufen

Verrückte Weltpolitik: Um die LNG-Kapazitäten in der Ostsee auszubauen, verhandelt die Bundesregierung über den Erwerb von Pipeline-Rohren, die dem Energieriesen Gazprom gehören.

Lubmin/Berlin. Was schlägt die Welt in Kriegszeiten für bizarre Kapriolen – da bekämpft Deutschland mit Waffenlieferungen an die Ukraine den Aggressor Russland und macht offenbar gleichzeitig über Umwege Geschäfte mit dem Putin-Regime. Nach Nordkurier-Informationen stehen die vom grünen Bundeswirtschaftsministerium geführten Verhandlungen über den Kauf von tausenden Rohren mit einer Gesamtlänge von 42 Kilometern kurz vor dem Abschluss. Die Rohre liegen seit Monaten nutzlos im Hafen von Mukran auf Rügen. Ursprünglich waren sie für die zwar fertiggestellte, aber nach dem Kriegsbeginn im Februar 2022 nie in Betrieb genommene Pipeline Nord Stream 2 vorgesehen gewesen.

Die Rohre sind quasi eine Altlast – die Nord Stream 2 AG hatte eine Mehrzahl an Röhren bauen lassen, da das mehrheitlich dem russischen Gazprom-Konzern gehörende Unternehmen befürchtet hatte, beim Nord-Stream-Bau einen Umweg um dänische Hoheitsgewässer machen zu müssen – später aber dann genehmigten die Dänen doch den direkten kürzeren Weg.

Die Folgen des Ukraine-Kriegs haben die Nord Stream 2 AG an den Rand des Ruins getrieben. Der drohende Konkurs des verschuldeten Betreibers der russischen Gas-Pipeline war im Dezember vergangenen Jahres allerdings vorerst abgewendet worden. Das zuständige Kantonsgericht im schweizerischen Zug – dort hat die Nord Stream 2 AG ihren Sitz – hat eine Nachlassstundung für sechs Monate bis 10. Juli 2023 bewilligt. Die Maßnahme hatte der gerichtlich bestellte Sachwalter der Nord Stream 2 AG beantragt.

Doch verstößt das von Robert Habeck geführte Wirtschaftsministerium mit seinem Röhren-Geschäft nicht gegen die Sanktionen, die gegen Russland ver-

hängt worden sind? Offenbar nicht – solange laut Nordkurier-Recherchen die Grundvoraussetzung gewährleistet ist, dass etwaige Erlöse aus einem Verkauf von dem Schweizer Sachwalter kontrolliert werden und nicht an Russland, Gazprom oder verbundene Unternehmen gelangen.

Immerhin gibt es seit 2019 mehrere US-Sanktionspakete gegen die Nord Stream 2 AG und gegen Personen der Nord Stream 2 AG. Die EU hingegen hat keine direkten Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG beziehungsweise Gazprom erlassen. Bezüglich der US-Sanktionen seien alle notwendigen Fragen mit den zuständigen US-Behörden geklärt, heißt es in den Unterlagen, die dem Nordkurier vorliegen. Mit anderen Worten: Die US-Sanktionen stehen einem Kauf der Rohre nicht im Wege.

LNG-Terminal könnte früher fertig werden

Damit nicht genug – die Bundesregierung möchte noch mehr. Derzeit werde geprüft, ob zusätzlich zu den Röhren auch die notwendigen Daten erworben werden, die für eine Verlegung notwendig seien. Bei den Daten handelt es sich um Unterlagen, Messungen und Gutachten, die während der Planung der Nord-Stream-2-Pipeline für die Verlegung und das Genehmigungsverfahren erhoben worden waren.

Die Verwendung der bereits gefertigten Röhren und der schon vorliegenden Daten würden eine frühzeitige Fertigstellung und Inbetriebnahme der Pipeline vom geplanten LNG-Terminal vor Rügen bis zur 38 Kilometer entfernten Gasanlandestation im Hafen von Lubmin ermöglichen. Ansonsten müssten die Röhren erst produziert und betonummantelt sowie die Daten und Messungen neu erhoben werden. Das würde viel Zeit kosten.

 Handelsblatt | 15.03.2023 | S. 010 Auflage: 148.943 | Reichweite: 594.716 Christoph Herwartz**STROMMARKTDESIGN****Mehr Subventionen für Atomkraft**

Die EU gestaltet den Strommarkt um. Langfristige Verträge sollen Erzeugern und Kunden nutzen.

Brüssel. Die Strompreise in Europa sollen sinken, gleichzeitig sollen die Investitionen in die Stromerzeugung steigen. Um das zu erreichen, will EU-Energiekommissarin Kadri Simson neue Wege schaffen, um staatliches Geld einzusetzen, wenn in Atomkraft und erneuerbare Energie investiert wird. Ihre Reform des Strommarktdesigns ist eine Reaktion auf die Turbulenzen auf den Energiemärkten im vergangenen Jahr, als die überschießenden Gaspreise die Stromkosten mit sich zogen. Aus Sicht der Kommission funktionierten die kurzfristigen Märkte überwiegend gut. Gleichzeitig gebe es zu wenige Stromlieferverträge mit längeren Laufzeiten. Solche Verträge würden Schwankungen am Markt abfedern. Darum sollen nun die Bedingungen für langfristige Verträge zwischen Stromerzeugern und Zwischenhändlern verbessert werden. Private Stromkunden sollen außerdem das Recht auf einen Stromvertrag zum Festpreis haben. Das ist in einigen Ländern der EU bisher nicht der Fall.

Auch neue staatliche Förderungen sollen zu stabilen Preisen beitragen. Dazu will die Kommission vorschreiben, dass alle staatlichen Unterstützungen künftig über sogenannte zweiseitige Differenzverträge abgewickelt werden. Dabei wird ein Preis festgelegt, zu dem ein Stromerzeuger vergütet wird. Investoren be-

kommen dadurch mehr Sicherheit, weil sie sinkende Strompreise nicht mehr fürchten müssen. Gleichzeitig bekommen die Kunden stabile Stromtarife. Das Risiko dabei übernimmt der Staat. Sollte der Marktpreis über dem im Differenzvertrag festgelegten Preis liegen, muss der Stromerzeuger Geld abführen. Das soll laut Kommissionsvorschlag dann den Stromkunden zugutekommen.

Für Investitionen in Atomkraft gelten dabei die gleichen Bedingungen wie für Investitionen in erneuerbare Energien. In Frankreich, das weiter auf Atomkraft setzt, stößt der Vorschlag deshalb auf Zustimmung. Es sei absurd, dass bislang der Preis aus erneuerbaren Energien und Atomkraft vom Preis für Gas abhängig sei, sagte der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europaparlament, Pascal Canfin. Er gehört der Partei von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron an. Die Grünen dagegen kritisieren die Kommission: „Investitionen in Atomenergie bedeuten Investitionen in die Vergangenheit“, sagte der Abgeordnete Michael Bloss. „Atomenergie ist teuer und hängt am Tropf massiver staatlicher Förderung.“ In Deutschland waren noch stärkere Eingriffe in den Markt befürchtet worden, die nun vorerst ausbleiben.

Handelsblatt | 15.03.2023 | S. 022

Auflage: 148.943 | Reichweite: 594.716

Peter Brors, Kathrin Witsch

E.ON-AUFSICHTSRATSCHEF KARL-LUDWIG KLEY

„Atomausstieg ist jetzt die falsche Entscheidung“

Der E.ON-Aufsichtsratschef spricht über den Ausstieg aus der Kernenergie, den Bau von Nord Stream 2 und die Sorge vor zu knappen Energielieferungen im kommenden Winter.

Herr Kley, seit dem Angriffskrieg Russlands ist die Energieversorgung deutlich schwieriger geworden. Trotzdem werden spätestens am 15. April hierzulande die letzten drei Atomkraftwerke abgeschaltet. Ist der Atomausstieg dennoch die richtige Entscheidung?

Nein, der Atomausstieg ist jetzt die falsche Entscheidung. Man kann über Kernenergie trefflich streiten. Fakt ist: Wir haben sie immer noch. Und was auch klar ist: Die deutschen Kernkraftwerke sind weltweit die sichersten überhaupt. Das Kraftwerk, das von uns jetzt abgeschaltet werden soll, nämlich Isar 2, wurde in seinen insgesamt 35 Jahren Laufzeit zehn Mal als das produktivste von weltweit rund 400 Kernkraftwerken ausgezeichnet. Bevor wir nun aus allen möglichen Flözen die Kohle zusammenkratzen, wäre es doch deutlich logischer, die Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Stattdessen lösen wir bei uns jetzt ein politisches Problem, indem wir den CO₂-Ausstoß erhöhen und auf Kernkraft aus Frankreich setzen. Das hat schon etwas Abenteuerliches.

Wollen Sie damit sagen, dass Deutschland wieder mehr auf Atomkraft setzen sollte? Nachbarländer wie Frankreich haben den Bau neuer Kraftwerke bereits angekündigt.

Wir haben uns als Land politisch und gesellschaftlich darauf festgelegt, dass wir das nicht mehr wollen. Eine Diskussion über neue Kernkraftwerke noch einmal anzuzetteln, wäre vergossene Milch. Davon halte ich nichts. Aber in dieser Situation die noch laufenden Kraftwerke abzuschalten ist falsch. Auch aus einem weiteren Grund: Mit dem Ende der Kernkraft stellen wir de facto auch jede Forschung an der Technologie ein. Wir schneiden damit einen ganzen Forschungszweig ab und wissen gar nicht, was in zehn, zwanzig Jahren noch alles kommen kann. Da werden wir dann wohl darauf hoffen müssen, dass andere europäische Län-

der für uns die Kastanien aus dem Feuer holen, und das sage ich mit einer gewissen Bitterkeit.

Aber es wird ja weiter die Forschungsinitiativen auf europäischer Ebene geben, an denen auch Deutschland beteiligt ist, zum Beispiel das Kernfusionsprojekt Iter in der Schweiz.

Die Beteiligung von Deutschland, das wage ich vorauszusagen, wird dabei weiter abnehmen. In einer technischen Disziplin braucht es die Interaktion mit der Industrie und die praktische Anwendung. Und wenn die Industrie nicht mehr da ist, ist auch die Anwendung nicht mehr gegeben. Dann wird auch die Kernforschung in diesem Land automatisch weniger.

Die hohen Energiepreise haben dazu geführt, dass wir in Deutschland auch über die Gefahr einer Deindustrialisierung sprechen. Mit ähnlichen Folgen, wie Sie sie gerade mit Blick auf die Forschung beschrieben haben. Ist das nur Getöse oder sehen Sie eine reale Gefahr?

Ich bin generell kein Freund von übertriebenem Alarmismus. Aber dennoch: Ich versuche das mal am Beispiel der Chemieindustrie einzuordnen, die ich aus meiner Zeit als Vorstandsvorsitzender des Chemie- und Pharmakonzerns Merck ja ganz gut kenne. Praktisch jede neue Großinvestition der vergangenen 15 Jahre ist außerhalb Deutschlands, weitgehend sogar außerhalb von Europa passiert. Das heißt, dass der Marktanteil der in Deutschland produzierten Chemie stetig weniger geworden ist. Das ist auf Dauer ein Problem. Denn wenn eine Industrie infolge hoher Energiepreise hierzulande nicht mehr wettbewerbsfähig ist, stellt sich irgendwann die Frage: Was kann man sich an großen Verbundstandorten in Deutschland überhaupt noch leisten?

Das heißt, wir stecken schon mittendrin in der Deindustrialisierung?

Ich will nicht von Deindustrialisierung reden. Aber Deutschland wird, wenn das so weitergeht, für die globale Wirtschaft im Verhältnis zu anderen überproportional an Bedeutung verlieren. Und das schwächt unser Land erheblich.

Auch in der Wind- und Solarindustrie verlagern sich Produktionskapazitäten ins Ausland. Der Ausbau hierzulande geht nach Meinung von Experten zu langsam. Ein Grund dafür ist laut Industrie der Widerstand durch betroffene Bürger. Sie wollen weder Windrad noch Solarpark und erst recht kein Erdgas-Fracking oder die Speicherung von CO2 im eigenen Land. Was muss der Staat angesichts dieser gesellschaftlichen Entwicklung tun?

Wir erleben in der Tat eine starke Individualisierung der Gesellschaft. Das führt dazu, dass Individualinteressen immer höher gewichtet werden und das Interesse der Gemeinschaft immer weniger zählt. Ich denke, es ist wichtig, dass alle, die Verantwortung tragen, sich davon verabschieden, jede Interessengruppe bedienen und überzeugen zu wollen.

Ein Plädoyer für weniger Bürgerbeteiligung und mehr Staat?

Wir haben eine repräsentative Demokratie und die gewählten Vertreter sollten ihr Entscheidungs- und Umsetzungsmandat wieder stärker in die Hand nehmen. Sie können nicht allem und jedem gerecht werden. In der Energiepolitik sieht man das wie unter einem Brennglas ganz besonders. Es geht viel zu langsam voran, und das besorgt mich.

In der Praxis hieße das zum Beispiel, dass Stromtrassen so gebaut werden müssten wie früher Autobahnen? Auch mal mit Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit?

Im Prinzip ja. Und ich sage Ihnen mit einem Beispiel auch warum: Wir haben bei unserer Netzgesellschaft Avacon infolge verschiedener Klagen elf Jahre gebraucht, bloß um eine schon bestehende Netzleitung zu erneuern.

Unter die vielen Energiewendegegner mischen sich seit dem vergangenen Jahr auch immer mehr Rechtsextreme und Populisten. Sie haben Energiekrise, Blackout und Co. zu einem ihrer wichtigsten Themen erklärt. Fürchten Sie nicht, dass Rufe nach einem kompromissloseren Vorgehen des Staates zur Spaltung der Gesellschaft beitragen werden?

Ich wehre mich gegen das Diktum, dass wir eine ge-

spaltene Gesellschaft sind. Wir haben zwar rechts und links manche Irrungen und Wirrungen. Doch ich würde behaupten, dass 80 Prozent der Gesellschaft schon im Großen und Ganzen zusammenstehen. Diese Mehrheit meldet sich nur leider nicht genauso laut zu Wort wie einzelne Gruppen. Wo wir aber mit Sicherheit ein echtes gesellschaftliches und sozialpolitisches Problem bekommen, ist, wenn hohe Energiepreise Haushalte und Industrie dauerhaft überfordern.

Jetzt gibt es die Energiepreisbremsen. Aber mittelfristig werden die Preise für Strom und Gas mit Blick auf die Energiewende wohl erst mal hoch bleiben. Ist Energie in Zukunft noch bezahlbar?

Energie muss bezahlbar sein. Zur Not auch noch einen weiteren Winter mit Unterstützung des Staates. Aber das geht nicht auf Dauer. Während wir sprechen, gibt es im Bundeshaushalt Wünsche nach Mehrausgaben von 70 Milliarden Euro. Wenn wir jetzt immer weiter die Energie subventionieren, kommen wir irgendwann an einen Punkt, wo der Staat nicht mehr genügend Geld hat.

Das klingt nach einem neuerlich beschwerlichen nächsten Winter?

Der gerade zu Ende gehende Winter war warm, und wir haben deshalb automatisch weniger Gas verbraucht. Und wir hatten noch mit den Nachläufern der Coronakrise zu tun, sprich manche Produktionen waren noch gar nicht wieder komplett hochgefahren. Das kann nicht so bleiben, das wird sich sonst negativ auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken.

Das heißt, dass der nächste Winter zur nächsten großen Herausforderung wird?

Es gilt das Gleiche, was wir vor dem letzten Winter gesagt haben: Es wird knapp und deshalb wohl auch teuer ...

...zumal es die Geschäfte mit günstigem Pipeline-Gas aus Russland, die sowohl Energiekonzerne als auch Politik jahrzehntelang forciert und ausgebaut haben, auf absehbare Zeit nicht mehr geben wird. Wie naiv war Deutschland?

Es gibt von Herrn Bergmann, dem letzten Chef der ehemaligen Eon-Tochtergesellschaft Ruhrgas, die Aussage, dass in den Zeiten, wo Ruhrgas der einzige deutsche Importeur von russischem Erdgas war, der Anteil konstant bei 30 Prozent gehalten wurde. Das hätten wir schnell ersetzen können. Bis 2014 war das eine für mich absolut nachvollziehbare Entscheidung. Mit der Besetzung der Krim fing ein neues Zeitalter an, und ab diesem Punkt ist die Frage nach der Naivität durchaus

berechtigt.

Also hätte man die Pipeline Nord Stream 2 nie bauen dürfen?

Vor diesem Hintergrund und mit dem heutigen Bewusstsein hätte man wohl anders hierüber nachdenken müssen. 2014 ist für mich im Nachhinein ein klarer Wendepunkt.

Wie verfolgen Sie als Miteigentümer von Nord Stream 1 die Berichte über die Hintergründe des Anschlags auf die Pipelines?

Wir verfolgen das aus der gebotenen Distanz, nicht mehr und nicht weniger. Pipeline-Gas aus Russland durch die Ostsee wird es auf absehbare Zeit wohl nicht mehr geben.

Das heißt, die Energieversorgung muss so umgestaltet werden, dass sie ohne Gas aus Russland stabil ist. Die einen setzen dafür auf einen radikalen Ausbau der Erneuerbaren. Die anderen mahnen Pragmatismus an und fordern so viel LNG wie möglich, längere Laufzeiten für Kohlekraftwerke, und der eben schon angesprochenen Atomausstieg wird ebenfalls infrage gestellt. Verschieben sich die Prioritäten von Klimaschutz in Richtung Versorgungssicherheit?

Es gibt ja das sogenannte energiepolitische Dreieck: Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit. Die Diskussion zwischen diesen drei Polen schwankt ständig, auch im vergangenen Jahr. Erst ging es um Klimaschutz. Dann mit Ausbruch des Krieges um Versorgungssicherheit. Und dann hat man einen Schock bekommen, weil Strom und Gas von einer bezahlbaren Selbstverständlichkeit zu einem sehr teuren Gut wurden. Ich sehe nicht, dass die Diskussion sich verschiebt. Sie wird immer zwischen diesen drei Polen hin und her oszillieren.

In den sieben Jahren, in denen Sie Vorsitzender des Aufsichtsrats waren, hat sich bei Eon viel verändert: Es gab einen Wechsel an der Vorstandsspitze, die Abspaltung von Uniper und die angesprochene globale Energiekrise. Jetzt geben Sie das Amt auf. Wie fällt Ihre Bilanz aus?

Mit den Veränderungen, die Sie ansprechen, haben wir die strategische Zukunftsfähigkeit von Eon wiederhergestellt. Finanziell haben wir uns in den letzten Jahren ein attraktives Rating erarbeitet. Und wir haben wieder eine vernünftige Eigenkapitalquote. Wir können also

investieren. Dann haben wir rund um Leonhard Birnbaum ein starkes Vorstandsteam gebaut. Und wir haben einen großen Kulturwandel geschafft. Lassen Sie mich es etwas flapsig sagen: Früher kannten die großen Energieunternehmen nur Zählerstellen. Heute ist alles bei uns auf unsere Kunden ausgerichtet. Wenn ich das so zusammennehme, bin ich mit meiner Bilanz der sieben Jahre sehr zufrieden.

Gibt es Momente, die Ihnen besonders wichtig waren?

Es gibt viele im Leben eines Aufsichtsratsvorsitzenden. Ich will Ihnen zumindest zwei nennen, die mich besonders bewegt haben: die Wiederherstellung der Energieversorgung im zerstörten Ahrtal, wo wir für 80 Prozent der Energie verantwortlich sind. Da haben unsere Mitarbeiter Unglaubliches geleistet. Und die Motivation unserer Leute in den Kernkraftwerken. Ihr ursprünglicher Geschäftszweck fällt ja bald weg. Und jetzt sagen sie stolz: „Dann wollen wir eben beim Rückbau die Besten der Welt sein.“ Diese Haltung, dieses Arbeitsethos, sich an neue Situationen entschlossen anzupassen, hat mich sehr beeindruckt und macht für mich Eon aus.

Herr Kley, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Peter Brors und Kathrin Witsch in Essen.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Vita: Der Multi-Chefkontrolleur: Karl-Ludwig Kley gilt als der vielleicht letzte Vertreter der alten Deutschland AG. Der 71-Jährige leitet aktuell die Aufsichtsräte von Eon und der Deutschen Lufthansa. Zuvor saß er auch im Kontrollgremium bei BMW.

Der Manager: Operative Verantwortung trug er als Vorstandsvorsitzender des Darmstädter Pharma- und Spezialchemiekonzerns Merck und als Finanzvorstand bei der Lufthansa.

Der Kritiker: Immer wieder hat sich der Rheinländer auch intensiv mit Governance-Themen beschäftigt. Und dabei die Arbeit der gleichnamigen Regierungskommission als wirklichkeitsfern mitunter scharf kritisiert. Ebenso problematisch sieht er das oft zögerliche und bürokratische Verhalten der Politik bei der Organisation der Energiewende.